

Medienmitteilung

Bilateraler Pakt Schweiz-EU: ein politisch realistischer Vorschlag für einen Verhandlungserfolg mit der EU

(Bern, 21. Februar 2023) Ein Jahr nach der Ankündigung des neuen Verhandlungsansatzes durch den Bundesrat herrscht im Europadossier weiterhin Stillstand. Wollen die Schweiz und die EU echten Fortschritt erzielen, müssen die Verhandlungen noch dieses Jahr beginnen. Erfolgreiche Verhandlungen verlangen substantielle Kompromisse und Weitsicht beider Parteien. Mit dem bilateralen Pakt präsentieren foraus-Autor:innen ein politisch realistisches Paket, das 15 Bedürfnisse der EU und der Schweiz sowie Raum für Kompromisse identifiziert und innenpolitische Massnahmen für die Schweiz vorschlägt. Mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 und die Europawahlen 2024 drängt die Zeit, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Der russische Einmarsch in die Ukraine sowie die schleichende Rückkehr des internationalen Blockdenkens sind ein Weckruf für die Schweiz, um ihre Beziehungen mit der EU zu normalisieren. In der heute erschienenen foraus-Publikation argumentieren die Autor:innen, dass der bilaterale Weg, verglichen mit einem Freihandelsabkommen oder einem EWR/EU-Beitritt, weiterhin das beste Integrationsmodell für die Schweiz ist. Doch der aktuelle Stillstand führt zu einer Erosion, die anhält, solange die bestehenden Hindernisse nicht überwunden werden.

“Klar ist: Zur Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen Schweiz-EU braucht es Zugeständnisse und Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Der bilaterale Pakt ist ein politisch realistischer Ansatz, der die Bedürfnisse beider Parteien berücksichtigt”, so Co-Autorin Isabel Knobel.

Bewegung ins Europadossier bringen mit dem bilateralen Pakt

Die Studie identifiziert 15 Bedürfnisse der Schweiz und der EU und analysiert den Grad, zu welchem sie ein Hindernis für die Weiterführung des bilateralen Wegs darstellen. Die Bedürfnisse lassen sich auf drei Ebenen zusammenfassen:

- **Werte:** Die EU und die Schweiz bilden eine Wertegemeinschaft. Mit einer gemeinsamen Erklärung im bilateralen Pakt soll diese Realität explizit bekräftigt werden. Unter gemeinsame Werte fällt die Rechtssicherheit - ein wichtiger Aspekt in der Streitbeilegung. Die Autor:innen argumentieren, dass ein Schiedsgericht mit Anrufung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) die beste Option für die Schweiz ist, wobei die noch offenen Konflikte in der Personenfreizügigkeit vorgängig und verbindlich gelöst werden müssen.
- **Menschen:** Diese Ebene umfasst die Personenfreizügigkeit und damit die stark umstrittenen Fragen der Sozialhilfe und des Lohnschutzes. Betreffend **Sozialhilfe** schlagen die Autor:innen u.a. eine teilweise Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) und die Etablierung eines temporären Instruments zum Finanzausgleich in der Schweiz vor. Hinsichtlich **Lohnschutz** soll ein Kompromiss gefunden werden mit der (teilweisen) Übernahme von EU-Richtlinien (z.B. Lohnschutz und das Prinzip *gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort*) und der Verhandlung substantieller Ausnahmen für die wichtigsten flankierenden Massnahmen.

- **Zusammenarbeit:** Diese Ebene betrifft den Zugang zum **Binnenmarkt** sowie die **Teilnahme an EU-Programmen** (u.a. Horizon Europe, Digitale Europe). Mit dem Abschluss eines bilateralen Pakts kann die Schweiz in diesen Bereichen die Verhandlungsmasse vergrössern und ihre wirtschaftlichen Interessen verteidigen, beispielsweise im Zusammenhang mit sensiblen Dossiers wie dem EU-CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM).

Co-Autorin Franziska Vogel hebt hervor: "Im Vergleich zum Entwurf des institutionellen Rahmenabkommens geht der bilaterale Pakt über die rein wirtschaftlichen Beziehungen hinaus und beschränkt sich nicht auf technische und institutionelle Lösungen." Der bilaterale Pakt qualifiziert die Debatte neu, indem er bei den Bedürfnissen ansetzt. Schliesslich muss ein Kompromiss für beide Seiten politisch akzeptabel sein.

Die Zeit drängt

Auch ein Jahr nach der Ankündigung des neuen Verhandlungsansatzes durch den Bundesrat konnten die Sondierungsgespräche die Blockade im Europadossier noch nicht auflösen. Mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 und die Europawahl im Mai 2024 drängt zudem die Zeit, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. "Im Kontext des globalen Paradigmenwechsels sollte die Schweiz ihre bilateralen Beziehungen mit der EU weitsichtiger gestalten", so Co-Autor Darius Farman.

Kontakte:

Isabel Knobel, Co-Autorin

isabel.knobel@foraus.ch | 079 560 06 51

Franziska Vogel, Co-Autorin

franziska.vogel@foraus.ch | +32 493 12 18 50

Riccardo Bussmann, foraus Kommunikationsleiter

riccardo.bussmann@foraus.ch | 079 427 72 93

Marktgasse 36

CH-3011 Bern

+41 501 68 65

office@foraus.ch

www.foraus.ch

Über foraus - Forum Aussenpolitik

foraus ist der partizipative Schweizer Think Tank zur Aussenpolitik. Als dynamische Grassroots-Community junger Menschen prägen wir die Aussenpolitik, beeinflussen die Art und Weise, wie Aussenpolitik gemacht wird, fördern neue Stimmen und verschaffen ihnen Gehör – innerhalb der Schweiz wie auch international. Wir stehen für evidenzbasierte und qualitativ hochwertige Inhalte mit konstruktiven politischen Handlungsempfehlungen und organisieren Veranstaltungen, die zum Denken anregen. Zudem entwickeln wir innovative Tools für mehr Engagement und Wirkung, mit dem Ziel, globale Herausforderungen anzugehen.